

1 **3. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen**

2 **Arnstadt, 27. 3. 2009**

3
4 Einreicher/innen: LAG „Linke Unternehmerinnen / Unternehmer“

5
6 **Antrag auf Änderung bzw. Ergänzung des Regierungsprogrammes der LINKEN zur**
7 **Landtagswahl 2009**

8
9 **Zeile 489 ff.**

10 Ergänzung: „Bei der Einführung einer Ausbildungsplatzumlage sind Übergangsregelungen für klein-
11 und mittelständische Betriebe vorzusehen.“

12
13 **Zeile 718 ff.**

14 Dieser Komplex „Unser Leitprojekt Menschenwürde und existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen
15 und Männer - Thüringer Wirtschaft stärken“ sollte im Programm weiter vorn platziert werden.
16 Wir schlagen vor, dies in Zeile 403 ff. einzuordnen.

17
18 **Zeile 759 ff.**

19 Das hier aufgeführte Verhältnis der Verteilung der GA-Mittel zwischen innerbetrieblicher und
20 Infrastrukturförderung (60 : 40) sollte auf 80 : 20 verändert werden, da nach unserer Ansicht in
21 Thüringen bereits ausreichend erschlossene Flächen für die Industrie- und Gewerbeentwicklung zur
22 Verfügung stehen und deshalb der Schwerpunkt auf die innerbetriebliche Förderung gerichtet werden
23 sollte.

24
25 **Zeile 768 ff.**

26 Der Satz „Initiiert werden soll die Schaffung ...“ ist ersatzlos zu streichen.
27 Den wirtschaftlichen Verein als Rechtsform gibt es schon. Er ist jedoch relativ unbekannt und wird in
28 der Regel als nicht rechtsfähiger Verein behandelt. D. h. nicht ins Vereinsregister eingetragen. Die
29 Initiierung einer neuen Rechtsform bedeutet eine umfangreiche Änderung der gesetzlichen
30 Grundlagen auch auf Bundesebene (BGB, HGB, Genossenschaftsgesetz, Steuergesetze). Leichter zu
31 erreichen wäre die Förderung der Kooperation bestehender Betriebe durch die Einrichtung einer
32 Kooperationsbörse unter Federführung des Wirtschaftsministeriums und der Einbeziehung der
33 Kammern.

34
35 **Zeile 770, Ergänzung**

36 „Solche Rechtsformen, wie „Kleine Genossenschaften“, „Wirtschaftlicher Verein“ und
37 „Kooperativgesellschaften“ sind gezielt zu fördern. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür sind in
38 einem Thüringer Förderungsgesetz zu schaffen.

39
40 **Zeile 784 ff.**

41 Das Wort „unverschuldet“ sollte gestrichen werden, da die staatlichen Hilfen im Interesse der
42 Sicherung der Arbeitsplätze für alle Unternehmen in Not gelten sollte und dies unabhängig von der
43 Schuldfolge.
44 In der Taskforce sollten nicht nur das Wirtschaftsministerium und die Kommunen mitwirken, sondern
45 auch weitere beteiligte Behörden.

46
47 **Zeile 786 ff. Einfügung:**

48 „Im Rahmen einer Bundesratsinitiative setzt sich DIE LINKE für die Wiedereinführung der gesetzlichen
49 Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen ein.“
50 Der derzeitige Rechtszustand, dass Sanierungsgewinne besteuert werden können, führt dazu, dass
51 Sanierungserfolge durch die Steuer wieder relativiert werden. Die derzeitige Handhabung nach dem
52 BMF - Schreiben (Erlass der Steuer im Wege der Billigkeit) bietet keine ausreichende Sicherheit, da sie
53 z. B. für die Kommunen nicht verbindlich ist.

54
55 „Im Zusammenhang mit dem so genannten Rettungspaket des Bundes und der Länder für den
56 Finanzsektor und der Wirtschaft fordert DIE LINKE ein transparentes Verfahren, das für alle
57 Unternehmen, auch für Klein- und Mittelständige Unternehmen sowie Freiberufler zur Anwendung
58 kommt.“

59 **Zeile 792 ff. Ergänzung:**

60 Bei der Einführung eines Thüringer Mindestlohn- und Vergabegesetzes sind Übergangs- und
61 Anpassungsregelungen für klein- und mittelständische Unternehmen zwingend vorzusehen.
62

63 **Zeile 808, Ergänzung**

64 „Von besonderer Bedeutung ist für DIE LINKE die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie
65 über die stärkere Beteiligung und Einbeziehung der Beschäftigten in die Geschäftspolitik der
66 Unternehmen. Bei Mitarbeiterbeteiligungen sind deren Unternehmensanteile durch das Land zu
67 verbürgen, so dass im Insolvenzverfall für die Mitarbeiter kein Vermögensverlust eintritt. Zudem ist der
68 öffentliche Wirtschaftssektor, insbesondere im kommunalen Bereich zu stärken. Dabei sind
69 Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.“
70

71 **Zeile 808 ff.**

72 Wir plädieren dafür, im Zusammenhang mit der Erweiterung der Berufsakademie den dabei in
73 Erwägung gezogenen Standort (Suhl) zu benennen.
74

75 **Zeile 822 ff.**

76 Der Obmann für Verwaltungsmodernisierung muss nicht nur als Ansprechpartner zur Verfügung
77 stehen und Anregung zur Verwaltungsmodernisierung geben, sondern auch die Umsetzung von
78 Maßnahmen überwachen können.
79

80 **Zeile 830 ff. Ergänzung:**

81 Auch für klein- und mittelständische Unternehmer und deren Familienangehörigen muss es soziale
82 Sicherungsmaßnahmen geben, die dem Konzept der sozialen Grundsicherung entsprechen.
83

84 **Zeile 843 ff.**

85 Der Satz „DIE LINKE will, dass in Zukunft Unternehmen steuerliche Vergünstigungen für Investitionen
86 in Forschung und Entwicklung erhalten.“ sollte nochmals überdacht werden. Wir halten eine
87 Integration der Investitionsförderung im Bereich Forschung und Entwicklung in ein Thüringer
88 Investitionsprogramm für sachgerechter.
89

90 **Zeile 847 ff. Ergänzung:**

91 „Die Förderung muss im noch stärkeren Maße auf vollständige Produktzyklen von der Forschung und
92 Entwicklung bis zur Finalproduktion konzentriert werden.“
93

94 **Zeile 869/870**

95 Es sollte nicht nur die Beteiligung des Landes an privaten Wirtschaftsunternehmen kritisch geprüft
96 werden, sondern es muss klargestellt werden, mit welchem Ziel diese Prüfung erfolgen soll (Einfluss
97 auf die Unternehmenspolitik).
98

99 **Zeile 1495 ff. Ergänzung:**

100 „Auch im Bereich des Steuerrechts müssen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und der
101 Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit durchgängig zur Anwendung kommen. In diesem
102 Zusammenhang muss die Effizienz der Finanzverwaltung in Thüringen weiter gestärkt werden.“